

Drogenkriege in Asien

Kaum zu glauben, aber wahr: Die Völker der sogenannten „zivilisierten Welt“ aus Europa und Nordamerika haben in Asien mehr Kriege für Drogen und mit Drogen geführt als gegen Drogen. Die aus Machtsucht und Habgier angezettelten Drogenkriege der christlichen Gesellschaft im Orient forderten einen hohen Blutzoll. Millionen von Asiaten starben in den Gewehrsalven der Engländer, im Kugelhagel der Franzosen und unter den Bombenteppichen der Amerikaner.

Der „Kollateralschaden“ dieser Politik sind die Heroinabhängigen in der westlichen Welt und in Asien, deren Verhalten im sozialen Kontext – bedingt durch die Repression – in Regierungskreisen (vor allem der USA) als Rechtfertigung für die Prohibitionspolitik dient. Dank dieser prohibitiven Politik sind die Preise für Heroin stets auf hohem Niveau und somit die Gewinnmargen für die am Geschäft beteiligten Syndikate und Geheimdienste entsprechend hoch und die Politik der Beeinflussung in den Erzeugerländern entsprechend effizient. Der sogenannte „War on Drugs“ müßte eigentlich „War with Drugs“ heißen.

Ein historischer Rückblick und eine Analyse der gegenwärtigen Situation von Hans Cousto

Inhaltsübersicht:

	Seite
Die Opiumkriege	2
Indochina	3
Der Erste Indochina-Krieg	4
Der Krieg der Geheimdienste	5
Der Zweite Indochina-Krieg (Vietnamkrieg)	6
Afghanistan	6
Erster Afghanenkrieg (1839-1842)	7
Zweiter Afghanenkrieg (1878-1880)	7
Dritter Afghanenkrieg (1885-1886)	8
Der heilige Krieg gegen die Briten (1919)	8
Der Aufstand der Mullahs (1925-1928)	9
Paschtunistan im Spannungsfeld zwischen Afghanistan und Pakistan	9
Ein Transitabkommen beflügelt den Haschischexport	10
Die USA, Leary und das Ende der Monarchie	10
Vom Putsch 1973 bis zur sowjetischen Invasion 1979	11
Von der sowjetischen Besatzung zum Terror der Taliban	12
Vom Haschisch zum Opium	12
Die wirtschaftliche Bedeutung des Opiums	14
Fazit	14
Quellenhinweise für die Recherche im Internet	15

Die Opiumkriege

Der Gebrauch von Opium als Rauschdroge hatte in zahlreichen asiatischen Ländern, so auch in Indien wie auch in China, über Jahrhunderte hinweg eine in der Gesellschaft fest verwurzelte Tradition. Dies war auch noch lange nach der Kolonialisierung dieser Länder durch die Europäer der Fall.

Die ersten Kolonialherren, die in Indien auftauchten, waren die Portugiesen. Die ersten portugiesischen Stützpunkte waren Kalikut (1498), Kotschin (1502), Chaul (1509), Goa (1510) und Jaffna auf Ceylon (1519). Die Engländer tauchten erst ein Jahrhundert später in Indien auf. Träger und Organisator der englischen Kolonialpolitik war die „Ostindische Kompanie“ (1600-1858). Die ersten englischen Verwaltungszentren waren Madras (1639), Bombay (1661) und Kalkutta (1696). Im Jahre 1773 wurde die „Ostindische Kompanie“ in eine britische Verwaltungsbehörde umgewandelt und der erste britische Generalgouverneur eingesetzt. Ab 1877 bezeichnete sich die englische Königin Viktoria auch als Kaiserin von Indien. 1947 endete die Kolonialherrschaft und Indien wurde unabhängig.

Bis zum Jahr 1834 lag das Opiummonopol in Indien bei der „East India Company“. Nach dem Auslaufen dieses Monopols begannen in Kalkutta die periodischen Opiumversteigerungen (Calcutta Sales), deren Erlöse anfänglich fünf Prozent der staatlichen Gesamteinkünfte Indiens ausmachten, nach 20 Jahren jedoch bereits mehr als 15 Prozent. Opium wurde vor allem nach China exportiert. Innerhalb eines einzigen Jahrhunderts nahmen diese Exporte um mehr als das 150fache zu und innerhalb von 150 Jahren sogar um mehr als das 400fache. Die folgende Tabelle zeigt die Mengen an Opium, die die englische Kolonie Indien nach China exportierte.

Jährliche Opiumeinfuhren nach China

Jahr	Tonnen
1729	14
1767	70
1786	140
1790	280
1821-1828*	680
1828-1835*	1.310
1835-1839*	2.100
1879	5.800

* = Im Jahresdurchschnitt während des angegebenen Zeitraums

Die Versuche der chinesischen Regierung, dieser Überflutung mit Opiumeinfuhren mittels repressiver strafrechtlicher Normierungen Herr zu werden, blieben allesamt erfolglos. Ab 1729 versuchten die Chinesen durch Verbote die Einfuhr einzudämmen, doch erst 1839 gelang es einem hohen chinesischen kaiserlichen Beamten, die europäischen Kaufleute in der Provinz Kanton zur Herausgabe ihrer Opiumvorräte zu zwingen und den Amerikanern darüber hinaus das Versprechen abzunötigen, nie wieder mit Opium zu handeln. Die Engländer weigerten sich jedoch, ein solches Versprechen abzugeben und erklärten den Chinesen 1840 den Krieg, an dessen Ende 1842 sich das besiegte China gemäß Friedensvertrag von Nanking zur Abtretung Hongkongs an England und zur Zahlung von Wiedergutmachung in Höhe von 21 Millionen Silberdollars verpflichten mußte, wovon allein sechs Millionen als Gegenwert für das von den chinesischen Behörden beschlagnahmte und vernichtete Opium zu zahlen waren.

Die Engländer erwarteten von den besiegten Chinesen die völlige Legalisierung des Handels und Gebrauchs von Opium, doch der chinesische Kaiser Hien-Fang erließ 1850 ein Gesetz, das für das Opiumrauchen die Todesstrafe vorsah. Dennoch stiegen die Opiumeinfuhren in China gewaltig an. Allein im Hafen von Shanghai wurden wenige Jahre nach dem kaiserlichen Erlaß dank Schmiergeldzahlungen und Schmuggelaktionen mehr Tonnen Opium umgeschlagen als vor Beginn des Opiumkrieges.

Anlässlich eines neuen Zwischenfalls im Jahr 1856, als das mit chinesischer Besatzung unter englischer Flagge fahrende Schmuggelschiff „Lorcha Arrow“ auf der Fahrt nach Kanton im Flußdelta von der chinesischen Zollbehörde angehalten wurde, begann England den Zweiten Opiumkrieg. Die siegreichen Engländer erzwangen von den Chinesen die völlige Legalisierung des Opiumhandels. Doch durfte gemäß Vertrag von Teintsin (1858) von der Küste an das Opium nur als chinesisches Eigentum befördert werden und die chinesische Regierung war ermächtigt worden, auf Opium Provinzzölle zu erheben. Der Vertrag von Tsientsin sollte in Peking ratifiziert werden (völkerrechtlich in Kraft gesetzt werden). Die chinesische Regierung machte noch einmal einen letzten Versuch, den Opiumhandel einzudämmen und den Europäern den Handel mit Opium innerhalb Chinas zu verbieten. Sie sperrte den Zugang zu Peking, um die Ratifizierung des Vertrages zu verhindern. Darauf hin brach der Krieg erneut aus, und Peking wurde von den Engländern besetzt. Im Vertrag von Peking von 1860 wurde von den Chinesen die Freigabe des Opiumhandels sowie der christlichen Mission in China erzwungen.

Um dem verlustreichen Außenhandel entgegenzuwirken wie auch aus politischen Gründen erwies es sich für die chinesische Regierung nach der erzwungenen Legalisierung des Opiums als zweckmäßig, den Eigenanbau im Lande selbst zu fördern. Das einheimische Opium hatte zwar nicht die gleiche Qualität wie das indische Opium, doch es war wesentlich billiger und nur eine autark (wirtschaftlich unabhängig, sich selbst versorgend) geprägte Opiumversorgung konnte das chinesische Reich langfristig zu einer selbstbestimmten Opiumpolitik zurückführen. In China breitete sich der Opiumkonsum immer weiter aus. Während den periodischen Hungersnöten dieser Epoche rauchten vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten viel Opium zur Linderung des Hungergefühls, was zur weiteren Verelendung der sozial Schwachen in China führte.

Aus wirtschaftlichen Gründen waren die USA daran interessiert, daß das durch die Opiumkriege, den Krieg mit Japan (1895) und der Besetzung von der Provinz Kiautschou durch das Deutsche Reich (1898) im innersten geschwächte China nicht endgültig von europäischen Kolonialisten vereinnahmt werden konnte und somit für Amerikas Handelsinteressen verloren ging. Es lag daher im Interesse der USA, die chinesische Regierung und Nation soweit zu stärken, daß sie sich der weiteren Kolonialisierung erfolgreich zu widersetzen vermochte. So unterstützten die USA die Bestrebungen der chinesischen Regierung, den Opiumhandel einzudämmen, insbesondere weil sich die Sitte des Opiumrauchens auch auf den 1898 von den USA besetzten Philippinen immer mehr ausbreitete. Man befürchtete eine „Ansteckung“ amerikanischer Marinesoldaten durch den unvermeidlichen Kontakt mit opiumrauchenden Prostituierten. Zum „Schutz der unzivilisierten Rassen“ und zur „Bewahrung der Philippinen vor der Opiumplage“ als auch zur „Befreiung Chinas von der Opiumplage“ und vor allem zur Sicherung der amerikanischen Handelsinteressen forderten die USA Verhandlungen auf internationaler Ebene mit dem Ziel der Unterbindung des Opiumhandels. In Folge dieser Forderung trafen sich am 1. Februar 1909 die Delegierten von 13 Nationen im Palast-Hotel von Shanghai zur Ersten Internationalen Opiumkonferenz. Dort begann der „War on Drugs“ der USA und die Engländer verpflichteten sich, den Opiumexport aus Indien jährlich um 10 Prozent zu reduzieren. Zu jenem Zeitpunkt verbrauchten die Chinesen über 25.000 Tonnen Opium pro Jahr, davon wurden immer noch etwa 3.500 Tonnen aus Indien importiert.

Indochina

Indochina umfaßt das Gebiet der heutigen Staaten Kambodscha, Laos und Vietnam, die alle früher französische Kolonien waren. Bereits im 17. Jahrhundert waren französische Jesuitenpater in Vietnam als Missionare tätig. In der Folge zogen immer mehr Franzosen nach Vietnam. Ab dem Jahr 1802 stellte der Kaiser von Vietnam, Gia Long, französische Berater für seine Regierungsgeschäfte an. Der Kaiser Gia Long, der das Land von Hué aus regierte, konnte nur mit französischer Hilfe das Land zusammenhalten. Nach dem Aufkommen von Christenverfolgungen durch Buddhistische Sekten setzte Frankreich seine Armee zum Schutz der Christen ein.

Im Jahr 1858 landeten die ersten französischen Kriegsschiffe in Da Nang südlich von Hué. Ein Jahr später eroberten die Franzosen Saigon (heute: Ho Chi Minh Stadt). Bis 1867 hatten die Franzosen das gesamte Mekong-Delta im Süden Vietnams erobert und wurde französische Kolonie (Protektorat Cochinchina). In der Folge wurden 1883 Zentral-Vietnam (Protektorat Annam) und ein Jahr später der

Norden Vietnams (Protektorat Tonking) erobert und kolonialisiert. Die drei Protektorate bildeten zusammen die französische Kolonie Indochina, der 1893 auch Kambodscha und Laos angegliedert wurden.

Die französische Kolonialregierung übernahm die Kontrolle des gesamten Opiumhandels und gründete zu diesem Zweck eine staatliche Opiummonopolgesellschaft. Rauchsalons und Opiumläden mußten eine staatliche Lizenz haben. Auf Opium aus Indien wurde eine Steuer von 10 Prozent erhoben. In den frühen zwanziger Jahren nach dem ersten Weltkrieg stammten ein Drittel aller Steuereinnahmen Indochinas aus den Erträgen der staatlichen Opiummonopolgesellschaft. Die Franzosen brauchten das Geld zur Bezahlung von Spitzeln und zum Kauf von Waffen für ihre Armee.

Laos war schon vor der Kolonialisierung ein traditionelles Schlafmohnanbaugebiet. Um die Importe aus Indien reduzieren zu können, förderten die Franzosen den Anbau von Schlafmohn in Laos mit allen Mitteln. Obwohl Laos bis zu 100 Tonnen Opium pro Jahr bei den Ankaufbüros der Opiummonopolgesellschaft ablieferte, mußte die französische Kolonialverwaltung zusätzlich Opium aus Indien und Afghanistan importieren, um den Bedarf in Indochina zu decken.

Im Zweiten Weltkrieg besetzten die Japaner 1940 das nördliche Protektorat Tonking und rückten dann in Richtung Süden und nahmen in der Folge ganz Vietnam ein, jedoch nicht Kambodscha und Laos. Die japanische Besatzungsmacht verbot den Opiumhandel in Vietnam, doch es entwickelte sich schnell ein florierender Schwarzmarkt. Durch die Schließung der chinesisch-vietnamesischen Grenze versiegte der Opiumzufluß aus China und durch die Blockade der Seehäfen an der Küste Vietnams durch die Alliierten (Amerikaner, Engländer, Franzosen und Sowjets) konnte auch kein Opium mehr aus Indien importiert werden. Um den Bedarf des Schwarzmarktes zu befriedigen und vor allem auch um die eigene Kriegskasse zu füllen, förderten die Franzosen den Mohnanbau in Laos. Der französische Geheimdienst SDECE (Service de Documentation Extérieure et de Contre-Espionage) brachte das Rohopium mit Flugzeugen in das Mekong-Delta, wo es in unzugänglichen Sumpfgebieten zu Rauchopium und zu Morphinum veredelt wurde. Von dort gelangten diese Produkte auf den vietnamesischen Schwarzmarkt.

Nach der Kapitulation der Japaner und mit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges übernahm die von Ho Chi Minh 1941 in Südchina gegründete vietnamesische Befreiungsbewegung Vietminh im September 1945 die Macht. Auf der Potsdamer Konferenz (auf der die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen erfolgte) beschloß man die Aufteilung Vietnams in zwei Besatzungszonen zur Entwaffnung der Japaner. Die südliche Zone mit der Hauptstadt Saigon wurde dem britischen Kommando unterstellt, die nördliche Zone mit der Hauptstadt Hanoi dem chinesischen Kommando.

Die Briten übergaben 1946 die Verwaltung der südlichen Zone an die französischen Kolonialbehörden. Durch Verzicht auf alle Forderungen an China (u.a. Bezahlung der von den Franzosen erstellten südchinesischen Bahn) erkaufte sich die Franzosen den Abzug der chinesischen Truppen aus der nördlichen Zone, die dann als Freistaat innerhalb der französisch-indochinesischen Föderation anerkannt wurde.

Der Erste Indochina-Krieg

Im März 1946 besetzten französische Truppen die Hafenstadt Haiphong im Delta des Roten Flusses in der nördlichen Zone Vietnams. Im Juni 1946 sabotierte der Hohe Kommissar für Vietnam, Admiral d'Argenlieu, in Paris die Verhandlungen mit Ho Chi Minh durch die eigenmächtige Ausrufung der Republik Cochinchina in der südlichen Zone Vietnams.

Die kommunistisch orientierte Befreiungsbewegung Vietminh begann als Reaktion auf die Besetzung von Haiphong in der nördlichen Zone einen Guerillakrieg gegen die französischen Eindringlinge zu führen. Da für die Bewohner der Bergregionen im Norden der Provinz Tonking an der Grenze zu Laos der Mohnanbau und die Opiumernte die einzige bedeutende Einnahmequelle waren und der Verkauf des Opiums den Bedarf kaum decken konnte, war dieses Gebiet sehr bald stark umkämpft. Die Franzosen schafften das Staatsmonopol für den Opiumhandel ab, so daß die Geheimdienste und diverse paramilitärische Kräfte das lukrative Opiumgeschäft übernehmen konnten. Die Gewinne aus dem Opiumhandel füllten schwarze Kriegskassen, aus denen die verdeckten Operationen während des Krieges finanziert werden konnten.

Frankreich rekrutierte zu Beginn der fünfziger Jahre über 40.000 Söldner in den Bergregionen Tonkings. Diese verteidigten zusammen mit französischen Elitetruppen das wichtigste Schlafmohnanbaugebiet Vietnams gegen die Befreiungsarmee Vietminh. Von der Distrikthauptstadt Lai Chau am Oberlauf des Schwarzen Flusses (Song Da) mitten im Mohnanbaugebiet flogen französische Militärflugzeuge das Rohopium zu den beiden Seehäfen Haiphong süd-östlich von Hanoi und Vung Tau süd-östlich von Saigon. Dort wurde das Rohopium veredelt, verschifft und in die verschieben Landesteile verschickt. Überschüssiges Opium wurde an chinesische Geschäftsleute der Unterwelt für den Export nach Hongkong oder an korsische Händler zum Verschiffen nach Marseille verkauft. Das Geschäft brachte gute Gewinne ein, aus denen nicht nur die französischen Söldner in den Bergregionen bezahlt werden konnten, sondern auch das Luxusleben der hohen Beamten der französischen Verwaltung in Saigon.

Die USA unterstützten Frankreich im Indochina-Krieg mit enormen finanziellen Hilfen, entsendeten jedoch keine eigene Truppen nach Vietnam. Im Jahr 1950 bezahlten die USA 15 Prozent der Kriegskosten, 1954 waren es über 80 Prozent. Trotzdem konnten die Franzosen ihre Stellungen in Vietnam nicht halten. Am 13. März 1954 kesselten 72.000 Vietminh-Kämpfer die französische Festung Dien Bien Phu 80 Km südlich von Lai Chau an der Grenze zu Laos ein. Die 12.000 französische Elitesoldaten konnten nur noch aus der Luft versorgt werden. Nach 55 Tagen Einkesselung und Dauerbeschuß mußten die Franzosen am 7. Mai 1954 kapitulieren.

Zwei Monate später wurde das Ende des Ersten Indochina-Krieges besiegelt. Am 20. Juli 1954 unterzeichneten die Kriegsparteien in Genf einen Waffenstillstand. Die Vietminh sollten sich in den Landesteil nördlich des 17. Breitengrades zurückziehen, die französischen Truppen in den südlich davon gelegenen Landesteil. Beiden Kriegsparteien wurde verboten, ihr Militärpotential zu vergrößern oder einer Militärallianz beizutreten. An der Genfer Indochinakonferenz wurde vereinbart, daß im Juli 1956 unter Aufsicht einer internationalen Kontrollkommission allgemeine, freie und geheime Wahlen stattfinden sollten. Mit der internationalen Garantie der Souveränität (Unabhängigkeit) für die Staaten Kambodscha, Laos und Vietnam war die französische Kolonialherrschaft in Indochina beendet. Frankreich verpflichtete sich, innerhalb von zwei Jahren seine Truppen aus Indochina abzuziehen.

Der Krieg der Geheimdienste

Am 15. Juni 1954, etwa einen Monat vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Genf, wurde aufgrund des diplomatischen Engagements der USA der aus einer Großgrundbesitzerfamilie stammende und in den USA ausgebildete Katholik Ngo Dinh Diem Regierungschef in Südvietnam. Sein Bruder Ngo Dinh Nhu wurde Chef der Geheimpolizei in Saigon.

Der Regierungschef Diem verfügte die Schließung aller Rauchsalons und Opiumläden und ließ öffentlich Opiumpipen verbrennen. Sein Bruder Nhu verhandelte parallel dazu mit anderen Opiumhändlern und gewährte ihnen gegen ein angemessenes Entgelt Freiräume zur Abwicklung ihrer Geschäfte. Nhu, der Chef der Geheimpolizei brauchte nämlich viel Geld zur Bezahlung seiner Agenten und deren Spitzel. Zahlreiche Opiumsyndikate zahlten erhebliche Bestechungsgelder an Nhu, damit sie weiterhin ihren lukrativen Geschäften nachgehen konnten. Ein sehr einflußreiches Syndikat, das von den Flußpiraten abstammte, weigerte sich jedoch mit der neuen Regierung zusammen zu arbeiten und wandte sich an noch verbliebene französische Polizisten und Agenten des französischen Geheimdienstes SDECE. Bereitwillig verbündeten sich einige Offiziere des SDECE mit den Bing Xuyen Flußpiraten zur Eigensicherung ihrer Pfründe. Dem SDECE war natürlich klar, daß die CIA, die für die südvietnamesische Generalität tätig war, in das Opiumgeschäft einsteigen wollte und so stellte der SDECE zur Gegenwehr ein mehrere Tausend Mann starkes Batallion auf, das aus Bing Xuyen Flußpiraten und korsischen Söldnern bestand. Im April 1955 kam es zwischen der CIA im Zusammenwirken mit der südvietnamesischen Armee in den Sümpfen des Mekong-Deltas zu einer offenen Feldschlacht gegen die SDECE-Streitkräfte.

Die Flußpiraten waren nach einem Jahrzehnt des Lasters, des Verbrechens und der Korruption so verweichlicht, daß die Armee unter dem Kommando von CIA-Agenten sie in die Sümpfe treiben konnte, wobei anzumerken ist, daß die Korsen, die sich in der Minderzahl befanden, größtenteils die Flucht ergriffen. Nach der Schlacht zählte man über 500 Tote und 2.000 Verwundete. Es war das erste und wohl auch das letzte Mal, daß sich zwei westliche Geheimdienste eine regelrechte Schlacht lieferten.

Colonel Lansdale, der CIA-Chef, leitete die Operation aus dem Präsidentenpalast, während sich Capitaine Antoine Savani, der SDECE-Chef, in das Hauptquartier der Flußpiraten begab. Diese Schlacht besiegelte das Ende des Binh Xuyen Syndikats, jedoch nicht das Ende des Opiumhandels.

Der Zweite Indochina-Krieg (Vietnamkrieg)

Im Mai 1955, einen Monat nach der Schlacht gegen die Flußpiraten wurde der vietnamesische Kaiser Bao Dai abgesetzt und Diem übernahm das Amt des Staatspräsidenten und erklärte, daß er das Genfer Abkommen nicht anerkennen wolle. Diem befürchtete eine Machtübernahme der Kommunisten und verhinderte mit Hilfe der USA die im Genfer Abkommen vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen. Im Herbst 1955 stand somit lediglich zur Wahl, wer im Süden Vietnams regieren sollte: Diem oder der Ex-Kaiser Bao Dai. Diem wurde in der Wahl als Staatspräsident bestätigt. Am 1. November 1963 wurde Diem von einer Militäρχunta gestürzt und am 2. November gemeinsam mit seinem Bruder Nhu ermordet. In den folgenden eineinhalb Jahren wurde Südvietnam fast jeden Monat von einem neuen Militärputsch heimgesucht, bis am 12. Juni 1965 der Luftwaffengeneral Nguyen Cao Ky beim 20. Militärputsch Ministerpräsident wurde.

In der Zwischenzeit hatte der Vietnamkrieg begonnen. Bis Juli 1964 beschränkten sich die Kämpfe auf das Staatsgebiet von Südvietnam, wo das Militär mit amerikanischer Hilfe versuchte, die Angriffe der Südvietnamesischen Befreiungsarmee Vietcong, die von Nordvietnam unterstützt wurde, abzuwehren. Der umstrittene Tonking-Zwischenfall (Bombardierung von nordvietnamesischem Territorium im Golf von Tonking und Versenkung von zwei Schiffen durch US-Kampfpiloten) führte zur Eskalation der Kämpfe und zum Kriegszustand zwischen Nord- und Südvietnam.

Der Luftwaffengeneral und späterer Ministerpräsident Südvietnams, Nguyen Cao Ky, nahm sich mehr Zeit für den Handel mit Opiaten als für den Kampf gegen die vom Norden aus operierenden Kommunisten. Gemäß US-Militärakten war er einer der emsigsten Schmuggler, der sein Handel mit Geheimdienst- und Aufklärungstouren tarnte. Sein Schwager kontrollierte den Hafen von Saigon und leitete den Export großer Mengen veredelter Opiate. In Regierungsflugzeugen transportierten die Vietnamesen Opium aus dem Goldenen Dreieck (Nord-Laos und Umgebung) nach Saigon. Die Saigoner Cholon-Triade feilschte mit chinesischen Mohnbauern im Goldenen Dreieck um den Preis, raffinierte die Drogen in Dschungellabors, vertrieb sie dann mit Wissen der örtlichen Behörden unter vietnamesischen Opiatabhängigen und verkaufte den Überschuß unter den Augen der Geheimdienste an die großen Syndikate in Hongkong.

Die CIA folgte dem Vorbild des französischen Geheimdienstes. Ihre Agenten gingen in die laotischen Berge, stellten konterrevolutionäre Einheiten auf und halfen den Mohnbauern bei der Planung von Rekordernten. Unter der Regie des vom CIA protegierten Drogenbarones Vang Pao verdreifachten sich die Opiumexporte aus Laos innerhalb von wenigen Jahren. Eine in Thailand ansässige Tochtergesellschaft der CIA, die Air America, übernahm den Transport. Diese Gesellschaft flog noch bis zum Jahr 1973 Opiumfracht von Laos nach Südvietnam. Das geschah volle zwei Jahre, nachdem US-Präsident Richard Milhous Nixon die Droge Heroin zum „Staatsfeind Nummer Eins“ erklärt und versprochen hatte, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um es zu vernichten.

Afghanistan

Zum näheren Verständnis der derzeitigen politischen Auseinandersetzungen um und in Afghanistan ist hier anfangs eine kleine Einführung in die Geschichte des Landes abgedruckt, die zeigt, wie diese Bergregion in den letzten Jahrhunderten stets von wechselnden innen- und außenpolitischen Interessen heimgesucht wurde. Erst mit der Kenntnis der historischen Gegebenheiten können die derzeitigen drogenpolitischen Fakten, die das Land heute kennzeichnen, verstanden und begriffen werden.

Bis Mitte des 18. Jahrhunderts gehörte Afghanistan abwechselnd zu Persien (Iran) und zum Reich der Großmogule von Delhi. Die eigene Staatsgeschichte von Afghanistan setzte erst mit der Ermordung des Schah Nadir Kuli von Iran am 20. April 1747 ein, als sich in den Diadochenkämpfen (Nachfolgerkämpfen) seiner Heerführer Achmed Schah aus der Dynastie der Durani als Herrscher der afghanischen Ost-

provinzen durchsetzte. Achmed Schah, der das Land bis 1773 regierte, gilt als der eigentliche Gründer von Afghanistan. Afghanistan umfaßte mit dem Hindukusch das Grenzgebirge zwischen dem in sich weitgehend abgeschlossenen Gebiet von Zentralasien und dem zum Indischen Ozean hin orientierten Südteil des Kontinents. Durch diese zentrale Lage wurde Afghanistan mehrfach in Mitleidenschaft der großen imperialistischen Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts gezogen und diente dabei als Katalysator für das „Great Game“ zwischen Großbritannien und Rußland um den dominanten Einfluß in Süd- und Zentralasien. Denn wer Afghanistan kontrollierte, der konnte nicht nur seine eigenen Besitzungen, ob im Norden oder im Süden des Hindukusch, strategisch absichern, sondern verfügte darüber hinaus über ein erhebliches Stör- und Einflußpotential auf der jeweils anderen Seite.

In Afghanistan wird seit langem Mohn und Cannabis angebaut, wobei beide Pflanzen im Lande auch wild wachsen. Die Begehrlichkeiten nach Opium waren in den kriegerischen Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert noch nicht im Vordergrund, schufen jedoch die Voraussetzung für den Opiumboom im 20. Jahrhundert.

Erster Afghanenkrieg (1839-1842)

In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts machte der Emir (Befehlshaber, Fürst) Dost Mohammed dem Königshaus den Thron streitig. Gegen ihn rief Schudscha Schah, der letzte rechtmäßige Thronerbe aus der Dynastie der Durani, die Engländer um Hilfe an. 1839 besetzte eine angloindische Armee Kabul; Dost Mohammed ergab sich und Schudscha Schah übernahm die Regierung unter dem Schutz der Engländer, die weiterhin im Land verweilten. Doch Ende 1841 brach ein allgemeiner Aufruhr gegen die Engländer aus; der englische Kommissar und der englische Gesandte wurden ermordet. Die englische Armee zog gegen freies Geleit am 6. Januar 1842 aus Kabul ab, wurde aber am Khyberpaß (Khaibarpaß) überfallen und vollständig aufgerieben. Die Engländer rächten sich für diese Niederlage mit der Zerstörung von Ghasni und Kabul im Herbst 1842. Dagegen wurde Dost Mohammed freigelassen, der sich allmählich die Herrschaft zurückeroberte. Im Friedensvertrag von Peschawar erkannte ihn die britische Regierung 1855 als Emir von Afghanistan an.

Zweiter Afghanenkrieg (1878-1880)

Als sein Sohn Emir Schir Ali von Afghanistan 1878 eine russische Gesandtschaft in Kabul empfing und zur gleichen Zeit eine englische Gesandtschaft zurückwies, überschritt eine starke englische Armee die Grenze von Afghanistan. Während ihres Vormarsches auf Kabul im Februar 1879 starb der Emir Schir Ali. Sein Sohn Emir Jakub Khan schloß mit England im Mai 1879 ein Friedensabkommen (Vertrag von Gandamak), wonach in Kabul eine britische Residenz zugelassen und die Einfuhr britischer Waren nach Afghanistan gestattet wurde. Zugleich verpflichtete sich der Emir, auswärtige Angelegenheiten nur durch das Foreign Office abwickeln zu lassen. Dafür mußte England den Schutz Afghanistans gegen äußere Angriffe garantieren, alle besetzten Gebiete mit Ausnahme der Paßübergänge an der Nord-West-Grenze, vor allem aber auch des Khyberpasses, zurückgeben und jährliche Subsidien (Unterstützungszahlungen) in Höhe von 60.000 britische Pfund an Afghanistan zahlen.

Am 3. September 1879 wurde der neue englische Gesandte ermordet. Als Reaktion darauf besetzten britische Truppen unter dem Kommando von General Roberts die Hauptstadt Kabul und der Emir Jakub Khan wurde in Indien interniert, das heißt in staatlichem Gewahrsam genommen. Ein Cousin des Emirs, der zuvor als Heerführer der afghanischen Truppen vergeblich seinem Onkel die Stellung als Staatsoberhaupt streitig machen wollte und danach in Turkestan im Exil lebte, hieß 'Abd ur Rahman. Dieser kam mit russischer Hilfe wieder nach Afghanistan zurück und der britische General Roberts ließ ihn zum Emir ausrufen. England verzichtete auf eine ständige Gesandtschaft in Kabul, versprach die Räumung des ganzen Landes und verpflichtete sich zur Zahlung von Subsidien in Höhe von 60.000 britische Pfund jährlich. Dafür mußte sich Emir 'Abd ur Rahman verpflichten, mit keiner fremden Regierung in Verbindung zu treten.

Gegen den neuen Emir 'Abd ur Rahman erhob sich der Herrscher Herats, Ejub Khan, Bruder des abgesetzten und in Indien internierten Jakub Khan. Am 26. Juli 1880 schlug sein Heer eine englische Garnison

vernichtend, bei Kandahar wurde sein Heer jedoch am 3. September 1880 von englischen Truppen unter dem Kommando von General Roberts besiegt. Nach der Räumung Afghanistans durch die britischen Truppen drang Ejub Khan im August 1881 abermals gegen Kandahar vor, doch er wurde am 22. September 1881 von den Truppen des Emirs 'Abd ur Rahman geschlagen und vertrieben.

Dritter Afghanenkrieg (1885-1886)

In neue Schwierigkeiten geriet Afghanistan durch Ungunst der geopolitischen Lage des Landes zwischen Russisch-Turkestan und Britisch-Indien. Die Russen erhoben Ansprüche auf afghanisches Territorium und setzten sie nach einem Sieg über die Afghanen am Fluß Kuschka nördlich von Herat durch. Daraufhin wurde Herat unter englischer Mitwirkung in eine Festung umgebaut und eine Eisenbahnlinie für britische Truppentransporte vom Industal über Quetta zur afghanischen Grenzstadt Chaman südlich von Kandahar gebaut. Eine gemischte britisch-russische Kommission konnte die Krise durch die Festlegung der afghanischen Nordgrenze zu Russisch-Turkestan am Amu-Darja-Fluß entschärfen.

Im Jahr 1893 schloß England, vertreten durch Sir Mortimer Durand, mit dem Emir 'Abd ur Rahman von Afghanistan das sogenannte Durand-Abkommen, indem die afghanische Ost- und Süd-Ost-Grenze weit nach Westen zum Nachteil Afghanistans verschoben wurde. Des weiteren durften die Engländer die Grenzstadt Chaman besetzen. Dafür erhielt Afghanistan eine schmale Landverbindung zur chinesischen Grenze und höhere Subsidien.

Bei der Festlegung der 2.400 Kilometer langen afghanisch-pakistanischen Grenze wurde auf der Seite Pakistans eine 50 bis 80 Kilometer breite Pufferzone eingerichtet. Diese Pufferzone heißt heute offiziell „Federally Administered Tribal Areas“ (FATA) und der Zugang zu diesem Stammesgebiet in der Grenzregion ist für Ortsfremde beschränkt. Die Bewohner der FATA brauchen hingegen keinen Ausweis, denn sie sind die eigentlichen Herren dieser Zone, was am freien Tragen von Waffen augenfällig wird. In ganz Pakistan ist das sonst verboten, nur hier wird das von den „Frontier Crime Regulations“ erlaubt, einem Rechtsinstrument, das den lokalen Stämmen ihre traditionellen Rechte auch im modernen Pakistan garantiert. Deshalb wurde die FATA zum wichtigsten Sammlungs-, Ausbildungs- und Versorgungsraum des afghanischen Widerstands, mit Peshawar an der Grenze zur Fata als logistisches Zentrum. Deshalb konnten die Mujahedin auch überall entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze von einer freien autonomen Zone in das besetzte Gebiet von Afghanistan vorstoßen oder sich von dort wieder zurückziehen. Die Autonomie dieser Zone wurde im Durand-Abkommen von 1893 festgeschrieben.

Der heilige Krieg gegen die Briten (1919)

Nach dem Tod des Emirs 'Abd ur Rahman im Oktober 1901 folgte ihm sein Sohn Habib Ullah. Auch er stützte sich vor allem auf England und besuchte auf Einladung des Vizekönigs Lord Curzon Indien. Im Abkommen vom 31. August 1907 wurde von den beiden Großmächten England und Rußlands der Besitzstand Afghanistans garantiert.

Der Emir Habib Ullah war den Engländern wohl gesonnen und seine Politik war weltoffen. Gegen diese Politik richtete sich eine starke vom Islam geprägte nationale Bewegung, an deren Spitze der Bruder des Emirs, Nassr Ullah, stand. Am 20. Februar 1919 wurde der englandhörige Emir Habib Ullah ermordet. Sein dritter Sohn Aman Ullah trat trotz der Thronansprüche Nassr Ullahs am 28. Februar 1919 die Regierung an und proklamierte am gleichen Tag die Unabhängigkeit Afghanistans. Am 27. März 1919 folgte die Anerkennung der Souveränität und der Unabhängigkeit Afghanistans durch die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderative Sowjetrepublik.

Am 3. Mai 1919 erklärte Aman Ullah den heiligen Krieg gegen England, nach anfänglichen militärischen Erfolgen mußte jedoch die afghanische Armee am 3. Juni 1919 vom Khyberpaß ins Landesinnere nach Jalalabad zurückweichen. Trotzdem mußte Großbritannien die Unabhängigkeit von Afghanistan im Friedensvertrag von Rawalpindi vom 8. August 1919 anerkennen. Afghanistan erhielt das Recht, fremde Vertretungen zu empfangen und eigene Gesandtschaften im Ausland zu errichten. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen begann Afghanistan erstmalig eine eigenständige außenpolitische Tätigkeit.

Am 22. November 1919 wurde der Vertrag über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Großbritannien in Kabul ratifiziert.

Am 28. Februar 1921 schloß Afghanistan mit der Russischen Sozialistischen Föderative Sowjetrepublik einen Freundschaftsvertrag, der militärische und politische Abkommen mit Dritten ausschloß. Afghanistan erhielt von Moskau finanzielle und technische Hilfe.

Der Aufstand der Mullahs (1925-1928)

Emir Aman Ullah versuchte innenpolitisch durch die Einführung einer Verfassung am 10. April 1923 Afghanistan in eine moderne konstitutionelle Monarchie zu führen. Durch eine Liberalisierung des allgemeinen Rechts mit gleichzeitiger Beschneidung der alten Vorrechte der Stammesaristokratie und der Geistlichkeit zur Überwindung der feudalen Rückständigkeit Afghanistans wollte Aman Ullah dem Land den Anschluß an die westliche, europäische Entwicklung ermöglichen. Die zum Teil überstürzten Reformen führten im März 1924 in der Provinz Kohst zu einem Aufstand der Stammesaristokratie und der islamischen Geistlichkeit. Der von Großbritannien unterstützte Aufstand wurde schließlich im Februar 1925 niedergeschlagen.

Im November 1928 kam es erneut zu einem von der konservativen islamischen Geistlichkeit getragenen Aufstand gegen den fortschrittlich gesinnten Emir, der zum Rücktritt gezwungen wurde und Anfang 1929 das Land verlassen mußte. Der Führer der reaktionären konservativen Geistlichkeit und tadjikischer Volksheld Batsche-i-Sakaos (Baccheh Saqow, Bacha Saqqao), der sich Habib Ullah II nannte, führte ab Januar 1929 ein Schreckensregiment im Lande, bis ein Vetter des Vertriebenen Emirs, Mohammed Nadir Khan, Soldaten im ganzen Land rekrutierte und mit seinen Truppen im Oktober 1929 Kabul einnahm. Mohammed Nadir Khan wurde zum König von Afghanistan ausgerufen und wurde fortan Nadir Schah genannt. Am 31. Oktober 1931 verkündete Nadir Schah eine neue Verfassung, in der die Rechte der Stammesaristokratie und der islamischen Geistlichkeit wieder erweitert wurden. Eine Woche später, am 8. Oktober 1931, wurde er ermordet. Noch am gleichen Tag wurde sein Sohn Mohammed Zahir zum neuen König ausgerufen und bestieg als Zahir Schah den Königsthron.

Paschtunistan im Spannungsfeld zwischen Afghanistan und Pakistan

Im Zweiten Weltkrieg blieb Afghanistan gemäß einer Regierungserklärung aus Kabul vom 7. September 1939 neutral, wies jedoch 1941 auf alliierten Druck hin deutsche und italienische Staatsbürger mit Ausnahme der diplomatischen Vertreter aus. Im November 1941 wurde die Neutralitätsverpflichtung von der Regierung in Kabul bekräftigt.

Anläßlich der Aufteilung von Britisch-Indien im Jahr 1947 vertrat die afghanische Regierung die Auffassung, die Bevölkerung zwischen der afghanischen Grenze und dem Indus seien afghanischer Abstammung (Paschtunen) und sollten selbst bestimmen, wem sie sich anschließen wollten. Pakistan lehnte jedoch solche Selbstbestimmungspläne strikt ab. In der Folge kam es zu Grenzzwischenfällen mit Pakistan wegen der Paschtunistan-Frage und zu einer Handelsblockade durch Pakistan. Die afghanische Regierung weigerte sich, die im Durand-Abkommen von den Briten im Jahr 1893 willkürlich durch das Gebiet der Paschtunenstämme gelegte Ostgrenze anzuerkennen.

Als Vergeltungsmaßnahme stimmte Afghanistan, seit November 1946 selbst Mitglied der Vereinten Nationen, stets gegen die Aufnahme Pakistans in die Weltorganisation.

In der Folge kam es wiederholt zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen pakistanischen Streitkräften und Stammesangehörigen der Paschtunen. 1949 riefen die Paschtunen, mit Billigung der afghanischen Regierung, eine Bewegung zur Gründung eines unabhängigen Staates ins Leben. 1953 löste Sardar Mohammed Daud, ein Cousin des Königs Sahir Schah, den seit 1946 amtierenden Premierminister Schah Mahmud ab. Daud verfolgte einen härteren Kurs in der Paschtunistan-Frage. Seine Regierung beschloß im November 1955, die von Paschtunen bewohnten Gebiete in Pakistan nicht als Teil des pakistanischen Territoriums anzuerkennen. Gleichzeitig wandte sich Daud verstärkt der Sowjetunion zu, um dem Druck Pakistans in dieser Frage auszuweichen. Im Dezember 1955 besuchte der sowjetische Regie-

rungschef Nikita Chruschtschow mit einer großen Regierungsdelegation Afghanistan. Die Sowjets versprachen einen großzügigen Kredit und sagten ihre Unterstützung für einen Staat Paschtunistan zu. Auch die Freundschafts- und Nichtangriffsabkommen von 1921 und 1931 wurden erneuert. Die Sowjetunion wurde zum größten und wichtigsten Partner Afghanistans.

Nach der Absperrung der Grenzen zwischen Afghanistan und Pakistan durch die pakistanischen Behörden im August 1961 kam es am 6. September 1961 zum Abbruch der diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Pakistan wegen dessen Haltung in der Paschtunen-Frage. Afghanistan war für den Transitverkehr und den Handel nun völlig von der Sowjetunion abhängig. Um die Situation zu entspannen, trat Premierminister Daud auf Wunsch des Königs Sahir Schah im März 1963 zurück, woraufhin Pakistan die Grenze im Mai wieder öffnete. Am 28. Mai 1963 nahmen die beiden Staaten die diplomatischen Beziehungen wieder auf.

Ein am 2. März 1965 in Kabul abgeschlossenes Transitabkommen [Afghan Transit Trade Agreement (ATTA)] führte zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan und sollte die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion mindern. Das von den beiden Wirtschaftsministern Mohammad Sarwar Omar (Afghanistan) und Wahiduzzaman (Pakistan) ausgehandelte Abkommen regelte den zollfreien Verkehr zwischen beiden Staaten, insbesondere den Transitverkehr von Afghanistan zum Seehafen von Karachi. Seit dem 2. März 1965 konnte Afghanistan Waren aller Art weltweit exportieren ohne Kontrolle eines Nachbarstaates. Zudem wurde mit dem neuen Abkommen der Warenverkehr in der Pufferzone der traditionellen Stammesgebieten der Paschtunen, den Federally Administered Tribal Areas (FATA) geregelt und erleichtert.

Ein Transitabkommen beflügelte den Haschischexport

Zu Zeiten der Monarchie war der Anbau von Cannabis und auch die Herstellung von Haschisch in Afghanistan erlaubt und wurde vom Staat gefördert. 1969 und 1970 empfahl die afghanische Regierung den Haschischbauern, Kunstdünger zu verwenden, um die Produktion von Haschisch für den Exportmarkt zu steigern. Die besten Sorten und auch die größten Mengen kamen aus der Gegend der Provinz Balkh [Nordafghanistan]. In der Provinzhauptstadt Mazar-i-Sharif wurde Haschisch in großen Mengen an internationale Syndikate verkauft und mit Lastwagen – ohne Zollkontrollen dank des Afghan Transit Trade Agreement (ATTA) – direkt in den Seehafen von Karachi transportiert. Haschisch entwickelte sich zu einem Exportschlager und verhalf der Region in Nordafghanistan zu neuem Wohlstand.

Auch in Pakistan wächst viel Cannabis, aus dem man sehr gutes Haschisch herstellen kann. Insbesondere in der nordwestlichen Grenzprovinz, von der große Teile zu den traditionellen Stammesgebieten der Paschtunen, den Federally Administered Tribal Areas (FATA) gehören, wurde sehr viel Haschisch hergestellt. Die besten Qualitätssorten kamen aus der Gegend um Chitral, Hauptstadt des gleichnamigen Tales ganz im Norden von Pakistan direkt an der Grenze zu Afghanistan. Aufgrund des Afghan Transit Trade Agreement (ATTA) konnte das Haschisch zollfrei und unkontrolliert via Afghanistan zum Seehafen von Karachi transportiert werden und von dort in aller Welt exportiert werden.

Afghanistan und Pakistan waren mit Kaschmir (gemäß Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. 47 vom 21. April 1948 und den Sicherheitsratsbeschlüssen vom 13. August 1948 und dem 5. Januar 1949 ein eigener Staat, der jedoch je zur Hälfte von Pakistan und Indien besetzt ist), Nepal, Indien, Marokko, der Türkei und dem Libanon in den 60er und 70er Jahren mit die wichtigsten Haschischexporteure weltweit.

Die USA, Leary und das Ende der Monarchie

In den sechziger Jahren entwickelte sich Afghanistan zu einem der beliebtesten Reiseziele der Hippies. Gutes Haschisch und eine gastfreundliche Bevölkerung in einer unzerstörten und malerisch schönen Gebirgslandschaft lockten viele junge Europäer und Amerikaner aus den alternativen Szenen in das Land. Einer dieser Amerikaner war der Bewußtseinsforscher Timothy Leary, der wegen seiner Werbung für den Drogenkonsum von US-Präsident Richard Nixon als „der gefährlichste Mann Amerikas“ bezeichnet wurde. Leary war eine Kultfigur der amerikanischen Flower-Power-Bewegung und wurde auf

deren Höhepunkt 1966 wegen Besitzes von einer geringen Menge Marihuana in den USA zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Strafmaß wurde später auf zehn Jahre herabgesetzt, doch Leary floh aus dem kalifornischen Staatsgefängnis bei San Luis Obispo. Seine Odyssee führte ihn nach Algerien und dann erstmals in die Schweiz, wo er von Mai 1971 bis November 1972 verweilte. Die USA stellten einen Auslieferungsantrag für Leary an die Schweiz, doch der damalige schweizerische Justizminister Kurt Furgler erklärte nach gerichtlicher Prüfung des Falles, daß eine zehnjährige Strafe für zwei Joints weit überrissen sei und deshalb die gesetzliche Grundlage für eine Auslieferung fehle. Leary reiste dann über Österreich nach Kabul, wo er die traditionsreiche Hanfkultur Afghanistans kennen lernen wollte, doch er wurde bei seiner Ankunft im Januar 1973 auf dem Flughafen von Kabul nach Kidnapping-Manier von der amerikanischen (!) Polizei verhaftet und sogleich in die USA entführt und dort wieder im Gefängnis eingesperrt. Nach dem Rücktritt Nixons im Jahr 1974 wurde er Anfang 1977 vorzeitig aus der Haft entlassen.

Die USA konnten das völkerrechtswidrige Kidnapping von Leary auf dem Flughafen von Kabul nur dank einer gewaltigen Bestechungsaktion bewerkstelligen. Da König Sahir Schah sich weigerte, das neue Parteiengesetz sowie verschiedene andere Gesetze zur Dezentralisierung der Machtbefugnisse zu verabschieden und damit die Institutionalisierung des politischen Prozesses blockierte, wie er in der Verfassung festgeschrieben worden war, kam es zu einer zunehmenden Polarisierung unter den verschiedenen politischen Gruppen und regelmäßig auch zu Demonstrationen mit teilweise tödlichen Auseinandersetzungen. Die Berufung von fünf aufeinanderfolgenden Premierministern zwischen den Jahren von 1965 bis 1972 reflektierte die chaotische, fast anarchische Situation im Lande. Sardar Mohammed Daud, ein Cousin des Königs, der bereits bis 1963 Premierminister gewesen war, soll Anfang 1973 von den USA finanzielle Hilfe in Höhe von 47 Millionen Dollar erhalten haben für die Zusage, die Produktion von Haschisch und Opium zu unterbinden und die Auslieferung von Tim Leary zu ermöglichen.

Die Aktion der USA entwickelte sich vom Skandal zu einer Staatsaffäre und führte zu einer handfesten Regierungskrise mit der Folge, daß der König Zahir Schah abdanken und mit seinen Getreuen ins Exil mußte. Zahir Schah floh nach Neapel in Italien, wo er sich für Jahrzehnte niederließ.

Sardar Mohammed Daud, nutzte die Stagnation des Reformprozesses und die Unzufriedenheit mit dem König und übernahm am 17. Juli 1973 unterstützt von der marxistischen Partei Partscham (Fahne) und des Militärs die Macht. Er setzte Sahir Schah formell ab, hob die Verfassung von 1964 auf und ernannte sich selbst zum Staatsoberhaupt. Die Partscham Partei war eine Abspaltung von der 1965 gegründeten Kommunistischen Partei Chalk (kurz „Volk“ für „Demokratische Volkspartei“).

Bereits im Sommer 1973 verschickte die neue afghanische Regierung Briefe an alle Dorfältesten mit dem Inhalt, daß kraft eines neuen Gesetzes der Anbau von Cannabis sowie die Produktion und der Verkauf von Haschisch mit sofortiger Wirkung illegal sei. Im Juli und August – Afghanistan war gerade durch ein Putsch zur Republik geworden – stürmten Einheiten der afghanischen Polizei in der ländlichen Gegend um Mazar-i-Sharif die Cannabis-Felder, brannten sie nieder, zerstörten die Häuser der Bauern und nahmen viele Verhaftungen vor. Damit war im Norden fast die gesamte Cannabis-Ernte des Jahres 1973 vernichtet, und auch die Bauern im Süden wurden von diesen Maßnahmen betroffen. Lediglich Cannabis-Farmen, die von Beamten der afghanischen Regierung kontrolliert wurden, blieben verschont. Entsprechend gering fielen die Erträge aus.

Vom Putsch 1973 bis zur sowjetischen Invasion 1979

Während seiner Regierungszeit entfernte sich Sardar Mohammed Daud immer mehr von dem sozialistischen Programm, welches seine Regierung bei der Machtübernahme verkündet hatte. Er entfernte sukzessive alle Minister marxistischer Prägung aus seinem Kabinett und stärkte somit nicht nur seine eigene Position sondern auch den Einfluß der USA in Afghanistan. Daud regierte Afghanistan bis April 1978. Ein gewaltsamer Staatsstreich, bei dem Daud und ein großer Teil seiner Familie getötet wurden, setzten seiner Regierung ein jähes Ende. Die Volksdemokratische Partei Afghanistans [People's Democratic Party of Afghanistan (PDPA)] setzte unter der Führung von Muhammad Taraki einen Revolutionsrat ein. Babrak Karmal, Führer des Partscham-Flügels und Hafisullah Amin, Führer des Chalk-Flügels der PDPA wurden zu Vize-Präsidenten gewählt.

Eine bürgerliche Revolte, die im Sommer 1978 ihren Anfang nahm, bedrohte die Macht des Revolutionsrates. Zur Absicherung der Macht unterzeichnete der amtierende Präsident Taraki am 5. Dezember 1978 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion. Da die Rebellion dennoch nicht eingedämmt werden konnte, bat Hafisullah Amin, seit März 1979 Regierungschef, und Taraki, nach wie vor Präsident des Revolutionsrates, die Sowjetunion um militärische Hilfe. Trotz der sowjetischen Militärhilfe setzte sich der Widerstand gegen die Regierung fort.

Am 16. September 1979 wurde der Präsident des Revolutionsrates Taraki nach der Rückkehr von einer Reise aus Moskau von seinem Rivalen, dem Regierungschef Hafisullah Amin, ermordet, der so seiner Absetzung zuvorkommen wollte. Nach drei Monaten politischer Intrigen und heftigen bewaffneter Auseinandersetzungen und der Ermordung Amins starteten die Sowjets am 27. Dezember 1979 die militärische Invasion in Afghanistan und setzten Babrak Karmal als neuen Regierungschef ein.

Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan Ende 1979 machte Pakistan zum „Frontstaat“. In den Anfangsjahren wurde Pakistan größtenteils von den USA finanziert, um als Rückzugsgebiet für die afghanischen Freiheitskämpfer (Mujaheddin), zu dienen. So nahm im September 1981 Pakistan von den USA Militär- und Wirtschaftshilfe im Wert von 3,2 Milliarden Dollar für einen Zeitraum von sechs Jahren an. Hauptnutznießer der Schlüsselposition in diesem Stellvertreterkrieg zwischen Ost und West war das pakistanische Militär. Die logistische Verwaltung der Gelder lag beim pakistanischen Geheimdienst des Militärs ISI (Inter Services Intelligence), der den Widerstand entsprechend dem sicherheitspolitischen Kalkül Islamabad organisierte.

Von der sowjetischen Besatzung zum Terror der Taliban

Die sowjetischen Besatzungstruppen stießen in Afghanistan auf den erbitterten Widerstand verschiedenster Mudschaheddin-Gruppen, die konsequent für die Freiheit ihres Landes kämpften. Die USA, Saudi Arabien und Pakistan unterstützten die Mudschaheddins logistisch, mit Waffen und mit Geld. Zehn Jahre lang bekämpften sich die Mudschaheddins und die Truppen der Sowjets, bis die letzteren als geschlagene Armee das Land im Februar 1989 verlassen mußten. Nach dem Abzug der Sowjets wurde in Afghanistan eine Islamische Republik ausgerufen. Das erste Staatsoberhaupt der Islamische Republik Afghanistan war Burhanuddin Rabbani, der am 28. Juni 1992 sein Amt antrat und am 30. Dezember 1992 als Interimspräsident vereidigt wurde. Der erste Regierungschef war Gulbuddin Hekmatyar, der am 7. März 1993 in sein Amt eingeführt wurde.

Die Koalitionsregierung aus allen Mudschaheddin-Fraktion hielt nicht lange und das Land versank immer mehr in einen Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Fraktionen der sich um die Vormacht im Lande bekämpfenden Fraktionen der Mudschaheddins, bis die Gruppe der Taliban, die bevorzugt von den USA unterstützt wurde, die Oberhand im Land gewann und gut 4/5 des Territoriums kontrollierte. Die Taliban führten ein absolut fundamentalistisches Regime, Sittenwächter (eine Sonderpolizei) kontrollierten die strikte Einhaltung des Gesetzes und terrorisierten die Bevölkerung. Frauen durften nur verschleiert die Häuser verlassen und keiner Arbeit nachgehen. Mädchen durften keine Schulen besuchen! Das Land war vom Krieg zerstört und die Wirtschaft war ruiniert. Deshalb hatten Millionen von Afghanen das Land verlassen und lebten in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Iran und Pakistan.

Vom Haschisch zum Opium

Vor der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1979 und dem darauffolgenden Krieg wurde in Afghanistan vornehmlich Hanf angebaut, wohingegen Mohn nur in wenigen Provinzen angebaut wurde. Zehn Jahre Krieg hatten ein beträchtliches Anwachsen der Mohnproduktion bewirkt, weniger aus Gründen des Waffenbedarfs der Mudschaheddins als aufgrund der fehlenden territorialen Kontrolle einer Zentralregierung. Die Gegner des Regimes erhielten nämlich erhebliche Mengen an Waffen, so daß sie eigentlich keine Drogengelder benötigten, um sich diese zu verschaffen. Pro Jahr unterstützten die USA die Mudschaheddins während den zehn Kriegsjahren mit durchschnittlich 300 Millionen Dollar jährlich, wohingegen die bäuerlichen Produzenten in den 80er Jahren im Durchschnitt jährlich nur für etwa 2 bis maximal 3 Millionen Dollar Opium verkauften.

Als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten, betrug die jährliche Opiumproduktion etwa 200 Tonnen. Zum Zeitpunkt des Abzuges der Sowjettruppen 1989 betrug die Produktion bereits gut 1.000 Tonnen. Da nach dem Abzug der Besatzungstruppen dem Konflikt die weltpolitische internationale Qualität fehlte, blieben die versprochenen Zahlungen aus den USA weitgehend aus, so daß die Bevölkerung in Afghanistan auf neue Einnahmequellen angewiesen war. So verdoppelte sich die Opiumproduktion innerhalb von drei Jahren auf über 2.000 Tonnen im Jahr 1991. In den Folgejahren stieg die jährliche Opiumproduktion sogar auf weit mehr als 4.000 Tonnen. Das kriegszerstörte Afghanistan ist seit 1991 der größte Opiumproduzent auf der Welt, bis zum Jahr 1990 war dies mit einer jährlichen Produktion von durchschnittlich 1.700 Tonnen Opium Myanmar, das bis 1989 Birma beziehungsweise Burma hieß.

Im September 1989 hatten Abgesandte der amerikanischen Botschaft in Pakistan dem Mullah Nazim Akhonzada, Kommandant der Mudshaheddins in der Provinz Helmand in Afghanistan, die Vernichtung der Mohnfelder im Austausch gegen eine Unterstützung von USAID (amerikanische Entwicklungshilfe) vorgeschlagen. Im Frühjahr 1990 waren die Anbauflächen in dieser Region weitgehend verschwunden, aber die seitens der USA versprochenen Summen wurden niemals überwiesen. Akhonzada wurde im März 1990 in Peschawar in Pakistan von Angehörigen einer gegnerischen Partei ermordet. Sein Bruder Rasoul Begriff dieses Ereignis als Zeichen und forderte die betrogenen Bauern auf, soviel Mohn zu sähen, wie sie können, bis über die Dächer ihrer Häuser. Doch nicht nur in dieser Region wurde dieses Zeichen verstanden. Die politische Unzuverlässigkeit der USA hatte zur Folge, daß der Opiumanbau in Afghanistan innerhalb eines einzigen Jahres (von 1990 bis 1991) um mehr als 25% zugenommen hat.

Vor der Machtübernahme der Taliban im Jahr 1993 wurden in Afghanistan 2.300 Tonnen Opium geerntet, im ersten Jahr nach der Machtübernahme waren es bereits 3.400 Tonnen. Unter den Taliban erzielte Afghanistan 1999 mit 4.600 Tonnen Opium eine Rekordernte. Im Jahr 2000 verboten die Taliban den Opiumanbau. Der Sinneswandel kam nicht von ungefähr. Der Überschuß der Vorjahresproduktion lag noch in den Vorratsspeichern. Ihn warfen die Taliban mit verdoppeltem Preis auf den Weltmarkt. Seit Afghanistan zum großen Teil von den Taliban befreit worden ist, blühen im Mai die Mohnblumen wieder.

Daß die Afghanen dem Opium anheim fallen könnten, ist nicht zu befürchten. Denn der Genuß der Opiate ist, anders als bei den Iranern, den meisten Afghanen, namentlich den Paschtunen, zuwider. Der Grund: Opium und Heroin dämpfen den Kampfesmut und, was noch schlimmer ist, lähmen die Manneskraft, Haschisch wirkt hingegen aphrodisierend und sicher wohl auch deshalb bleiben die meisten Afghanen ihrer traditionellen Droge treu. Deshalb werden in Afghanistan noch immer weit mehr als 1.000 Tonnen Haschisch pro Jahr produziert. Nur unter der turkmenischen Minderheit im Norden des Landes oder bei den Tadjiken in den Bergen Badakhshans nahe der chinesischen Grenze wird Opium geraucht.

Das afghanische Opium ist für das Ausland bestimmt. Das große Geld indes verdienen nicht die Afghanen, sondern die Drogenbarone in Pakistan. In den freien Stammesgebieten entlang der afghanischen Grenze wird aus dem Opium in einem einfachen Verfahren die Substanz Diacetylmorphin, bekannt als Heroin, gewonnen. Der größte Teil der Opiate, vor allem das Heroin, nimmt seinen Weg nach Westen. Ein anderer Teil geht über den Amu Darja nach Tadjikistan und erreicht von dort die russischen Städte.

Die Hauptroute des Opiums führt durch die Islamische Republik Iran. Das Reich der Ayatollahs hat eine 1.200 Kilometer lange, schlecht bewachte Grenze mit Afghanistan und Pakistan. Die Belutschen die auf beiden Seiten der Grenze ansässig sind und auch als Nomaden in großen Gruppen die Grenze mehrmals jährlich überqueren, organisieren die Einfuhr in den Iran. Hier übernehmen internationale Schmugglerorganisationen den weiteren Transport in die Golfstaaten, in die mittelasiatischen Republiken, aber vor allem via Türkei in die westlichen Städte.

Seit Jahren bemühen sich die Iraner, den Schmugglern das Handwerk zu legen. Leicht ist das nicht. Die Nomaden sind mit modernen Waffen ausgerüstet. Im neuen „Goldenen Dreieck“ zwischen Afghanistan, Pakistan und dem Iran sind im Opiumkrieg in den letzten 25 Jahren über 3.300 iranische Grenzschützer getötet worden. Im Iran werden sie als „Märtyrer“ verehrt. [Im Iran wurden im Jahr 2002 insgesamt 73 Tonnen Opium beschlagnahmt, das entspricht etwa 2% der Produktion in Afghanistan. In Pakistan wurden im gleichen Jahr 2,7 Tonnen Opium beschlagnahmt, das entspricht etwa der Hälfte der einheimischen Produktion oder 0,08% der afghanischen Produktion. Von den weltweit im Jahr 2002 beschlagnahmten 97 Tonnen Opium wurden 76% im Iran und 3% in Pakistan sichergestellt. Im Jahr 2003 wurden im Iran 3,5 Tonnen Heroin, 72 Tonnen Haschisch und 111 Tonnen Opium beschlagnahmt.]

Die wirtschaftliche Bedeutung des Opiums

Obwohl Präsident Karzai den Mohnanbau verboten hat, produzierten die Bauern in Afghanistan im Jahr 2003 etwa 6% mehr Opium als im Jahr 2002. Für das Jahr 2004 wird eine noch höhere Ernte erwartet, da 70% der Bauern ihre Anbauflächen erweiterten, um durch eine größere Ernte dem Preisverfall entgegenzuwirken und so ihre Einkommen zu sichern.

1990	1.600 Tonnen Opium	30 Dollar/Kg	0,048 Milliarden Dollar
---	---	---	---
2000	3.300 Tonnen Opium	40 Dollar/Kg	0,132 Milliarden Dollar
2001	185 Tonnen Opium	700 Dollar/Kg	0,130 Milliarden Dollar
2002	3.400 Tonnen Opium	350 Dollar/Kg	1,200 Milliarden Dollar
2003	3.600 Tonnen Opium	283 Dollar/Kg	1,020 Milliarden Dollar
2004	ca. 4.100 Tonnen Opium	ca. 200 Dollar/Kg	ca. 0,820 Milliarden Dollar

Für ein Kilo Opium zahlten die Händler im Jahr 2003 durchschnittlich 283 Dollar pro Kilo. Bei diesen Preisen konnten pro Hektar Anbaufläche im Schnitt 12.750 Dollar erwirtschaftet werden. Etwa 1,7 Millionen oder 7% der 24 Millionen Einwohner Afghanistans leben derzeit von der Opiumproduktion und verfügen über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 600 Dollar. Da das durchschnittliche Jahreseinkommen von legal beschäftigten Personen nur etwa 200 Dollar beträgt, verdienen Bauern, die Mohn anbauen, dreimal mehr als die Normalbürger.

Noch besser verdienen natürlich die Schmuggler und die Heroinproduzenten, deren Einnahmen auf etwa 1,3 Milliarden Dollar geschätzt werden. Insgesamt werden somit in Afghanistan mit dem Anbau von Mohn, der Produktion von Opium und Heroin und dem Schmuggel von Opiaten in die Nachbarländer etwa 2,3 Milliarden Dollar erwirtschaftet. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt von 4,4 Milliarden Dollar sind das 52%. Aufgrund dieser Relation kann man deutlich erkennen, daß die Drogenproduktion mit Abstand die wichtigste Einnahmequelle der Afghanen ist.

Auch in den Nachbarländern wird mit dem Schmuggel von Opiaten aus Afghanistan viel Geld verdient – insgesamt etwa 4 Milliarden Dollar. Davon entfallen 1,32 Milliarden Dollar auf den Iran, 0,40 Milliarden Dollar auf Pakistan und 2,27 Milliarden Dollar auf Tajikistan und die anderen zentralasiatischen Republiken. In diesen Zahlen sind die aus eigener Opiumproduktion erzielten Einnahmen nicht enthalten. Insbesondere in Pakistan wird Opium angebaut und zu Heroin verarbeitet. Die Angaben bezüglich Mengen und Gewinnmargen fallen je nach Quelle sehr unterschiedlich aus. Dies liegt vor allem in der Tatsache begründet, daß in Pakistan vor allem der militärische Geheimdienst Inter-Service-Intelligence (ISI) unter Mithilfe des CIA der USA die Produktion und den Export der Opiate organisieren. Die erwirtschafteten Milliarden von Dollar werden für die politische Einflußnahme verwendet.

Fazit

Nach wie vor dient die Einflußnahme des Auslands auf den Konflikt in Afghanistan wirtschaftlichen Interessen. Die sowjetische Invasion wurde seitens der USA als Versuch gewertet, der Sowjetunion endlich einen Zugang zum Indischen Ozean zu verschaffen. Die westlichen Industrieländer sahen ihre Ölversorgung aus der Golfregion gefährdet. Heute geht es vor allem um einen Zugang zu den Energievorkommen in Zentralasien. Turkmenistan und Pakistan vereinbarten Anfang August 1996 den Bau einer Erdöl- und Erdgaspipeline von Turkmenistan durch Afghanistan (über Herat und Kandahar) zum pakistanischen Hafen Karachi. Dazu wären stabile politische Verhältnisse zumindest im westlichen Teil Afghanistans erforderlich. Hinter dem Vorhaben steht ein Konsortium um die US-Ölgesellschaft UNOCAL. Der derzeitige Präsident Hamid Karzai von Afghanistan war früher Unterhändler der UNOCAL.

und verhandelte mit den Taliban betreff dieser Pipeline. Da die Taliban zu diesem Projekt ihre Zustimmung gaben, wurden sie trotz aller Menschenrechtsverletzungen lange von den USA unterstützt.

Mittels der Opiumproduktion und der Verarbeitung zu Heroin wird nicht nur viel Geld verdient, sondern ganze Regionen werden politisch destabilisiert und in der Folge unter internationaler militärischer Okkupation gebracht und von außen kontrolliert und regiert. Dies gilt nicht nur für Afghanistan, auch zunehmend für die zentralasiatischen Republiken Turmenistan, Usbekistan und Tadjikistan. Auch dort wird Opium produziert und auch dort sind ausländische Truppen stationiert.

Der „Kollateralschaden“ dieser Politik sind die Heroinabhängigen in der westlichen Welt und in Asien, deren Verhalten im sozialen Kontext – bedingt durch die Repression – in Regierungskreisen (vor allem der USA) als Rechtfertigung für die Prohibitions politik dient. Dank dieser prohibitions politik sind die Preise für Heroin stets auf hohem Niveau und somit die Gewinnmargen für die am Geschäft beteiligten Syndikate und Geheimdienste entsprechend hoch und die Politik der Beeinflussung in den Erzeugerländern entsprechend effizient. Der sogenannte „War on Drugs“ müßte eigentlich „War with Drugs“ heißen.

Quellenhinweise für die Recherche im Internet

Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland: Afghanistan – Geschichte

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=9&land_id=1

Chossudovsky, Michel (Centre for Research on Globalisation (CRG), Montréal): The Spoils of War: Afghanistan's Multibillion Dollar Heroin Trade

<http://globalresearch.ca/articles/CHO404A.html>

Chossudovsky, Michel (Centre for Research on Globalisation (CRG), Montréal): Who Is Osama Bin Laden?

<http://globalresearch.ca/articles/CHO109C.html>

Government of the Islamic Republic of Pakistan / Government of the Kingdom of Afghanistan: Afghan Transit Trade Agreement (ATTA), Kabul, 2.003.1965

[http://www.idli.org/afghanlaws/Afghan%20Laws/CD%20Laws%201921%20-%20to%20date%20in%20English/Afghan%20Laws%20in%20English%20\(and%20other%20languages\)/The%20Afghan%20Transit%20Trade%20Agreement%201965.pdf](http://www.idli.org/afghanlaws/Afghan%20Laws/CD%20Laws%201921%20-%20to%20date%20in%20English/Afghan%20Laws%20in%20English%20(and%20other%20languages)/The%20Afghan%20Transit%20Trade%20Agreement%201965.pdf)

Government of the Islamic Republic of Pakistan: Transshipment (Chapter XII)

http://www.paksearch.com/Government/LAWS/CustomsAct/CUS_10.html

House of Representatives, Subcommittee on Asia and the Pacific, Committee on International Relations, Washington, DC.: Hearing On US Interests In The Central Asian Republics, 12. Feb. 1998

<http://www.globalresearch.ca/articles/CON110A.html>

Human Rights Watch July 2001, Vol. 13, No. 3(C) 2: Afghanistan – Crisis of Impunity: The Role of Pakistan, Russia, and Iran in Fueling the Civil War

<http://www.hrw.org/reports/2001/afghan2/Afghan0701.pdf>

Massing, Stephan: Afghanistan: Geschichte seit 1747

<http://www.suedasien.net/laender/afghan/geschichte.htm>

Massing, Stephan: Der Afghanistankonflikt – Eine Chronik der Ereignisse 1973-2003

<http://www.suedasien.net/laender/afghan/politik/chronik-konflikt.htm>

Rashid, Ahmed: Afghanistan: Bedingungsloser Antiterrorkampf

<http://www.suedasien.net/themen/interviews/rashid.htm>

Reuters (Tehran, 27.06.2004): Iran Police Blame USA, UK for Flow of Afghan Drugs

<http://www.afghannews.net/index.php?action=show&type=news&id=564>

Schetter, Conrad: The "Bazaar Economy" of Afghanistan– A Comprehensive Approach

http://www.suedasien.net/themen/infos/nr3_bazaar.pdf

South Asia Analysis Group, B. Raman: Heroin, Taliban & Pakistan, Paper no.288, Chennai 2001

<http://www.saag.org/papers3/paper288.html>

Sprung, Christoph: Pakistan: Geschichte seit der Unabhängigkeit

<http://www.suedasien.net/laender/pakistan/geschichte.htm>

Sprung, Christoph: Jammu & Kashmir – Indiens nördlichster Unionsstaat

<http://www.suedasien.net/laender/indien/unionstates/jammu&kashmir.htm>

Stanton, John: Drugs, Faustian Alliances and Sibel Edmonds

<http://globalresearch.ca/articles/STA406B.html>

United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention: Afghanistan Opium Poppy Survey 2002

http://www.unodc.org/pdf/afg/afg_opium_survey_2002.pdf

United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention, Afghan Transition Government, Counter Narcotics Directorate (CND): Afghanistan Opium Poppy Survey 2003

http://www.unodc.org/pdf/afg/afghanistan_opium_survey_2003.pdf

United Nations Office on Drugs and Crime: Illicit Drugs Situation in the Regions Neighbouring Afghanistan and the Response of ODCCP

http://www.unodc.org/pdf/afg/afg_drug-situation_2002-10-01_1.pdf

United Nations Office on Drugs and Crime: The Opium Economy in Afghanistan – An International Problem, New York 2003

http://www.unodc.org/pdf/publications/afg_opium_economy_www.pdf